

Unterlate
werden angenommen
in Posen bei der Expeditor
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr Dr. Hirsch, Postlieferant,
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,
Gesellschaft in Firma
J. Lippmann, Wilhelmstraße 8.

Verantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Nr. 120

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Kommunenzeitung
Jahrgang.

Unterlate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Editionen
K. A. Rose, Hasenstein & Vogler &
S. J. Dauke & So., Jaworow.

**Verantwortlich für den
Unterlagentheil:**
J. Klugkist
in Posen.

Mittwoch, 17. Februar.

1892

Deutschland.

Berlin, 16. Febr. Der Reichstag ist auch heute nicht mit der Debatte über die Soldatenmishandlungen zu Ende gekommen. Die Beratung wird morgen fortgesetzt werden. Wie immer, wenn eine solche Verhandlung erst in Fluss gekommen ist, war die heutige Sitzung am interessanten Zwischenfällen reicher als die gestrige. Schon die erste Rede, die des konservativen Abgeordneten Freiherrn v. Mantuuffel, schlug einen ganz anderen Ton an, als wie man ihn gestern zu hören bekommen hatte. Es war der ostelbische Junker, dessen militärisch-politische Weltanschauung dabei zum Ausdruck kam. Natürlich brach Freiherr v. Mantuuffel eine starke Lanze für den Adel in der Armee. Wohin sollten die Konservativen auch kommen, wenn die Legende erschüttert würde, daß gerade die adeligen Offiziere das Rückgrat des Heerwesens bilden! Der konservative Redner wollte weiterhin aus Bebels gestrigen Ausführungen schließen, daß die Neuherierung des Grafen Caprivi über den Gegensatz von Christenthum und Atheismus vollkommen berechtigt gewesen sei. Einer Bebelschen Rede gegenüber mag das schon am Platze sein. Aber es bleibt das Geheimniß des Freiherrn v. Mantuuffel und der Konservativen wie ihrer ultramontanen Freunde, auf welchem Wege die Böditzsche Schulvorlage mit dem Atheismus auch die Sozialdemokratie bekämpfen und innerhalb dieses Kampfes eine Abstellung der Uebel herbeiführen könnte, über die der Reichstag gegenwärtig leider zu berathen hat. Die Debatte erreichte sofort einen Höhepunkt, als der Abg. Richter das Wort nahm.

Die Rede des freisinnigen Führers stimmte den Reichskanzler augenscheinlich stark unbehaglich. So lohnend und verhältnismäßig leicht die Aufgabe war, sich in die Lücken einzubohren, die die gestrigen Ausführungen des Grafen Caprivi darboten, so gelang diese Aufgabe völlig und fesseln eigentlich erst der rhetorischen Kraft des Abg. Richter. Graf Caprivi machte ein ernstes Gesicht als sonst, als der freisinnige Redner meinte, der Reichskanzler habe gestern wieder einmal das Gespenst der großen liberalen Partei auf der parlamentarischen Bühne wahrzunehmen geglaubt. Wirklich ist kein Einwand berechtigter als dieser, der gegen eine Darstellung gerichtet werden mußte, welcher alle Voraussetzungen fehlen. Nicht die „große liberale Partei“ in dem Sinne, wie Graf Caprivi es meint, steht hinter dem freisinnig-national-liberalen Antrage, sondern das Gewissen der Nation, der Inbegriff von Allem, was die gesitteten und urtheilsfähige Bevölkerung in dieser Frage wünscht und will, hat in jener Resolution einen Ausdruck gefunden,

für dessen Mäßigung die Regierung dankbar sein sollte, statt daran ihren Witz zu schärfen. Wir möchten wohl wissen, was ernstlich dagegen eingewendet werden kann, wenn der Abg. Richter feststellt, daß dieser Antrag nicht nur nicht den Sozialdemokraten in die Hände arbeite, sondern umgekehrt der Sozialdemokratie das Wasser abgrabe. Was die Freisinnigen und Nationalliberalen wollen, ist sofort ausführbar, wofür das Vorhandensein des in der Resolution geforderten Zustandes in Bayern der genügende, schlagende Beweis ist. Die Disziplin würde, wenn die verbündeten Regierungen sich entschließen könnten, hier einmal nicht „gegen den Strom zu schwimmen“, nicht nur nicht gelockert, sondern verstärkt werden. Die Offentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens würde eine Wohlthat für die Armee sein, statt sie in ihren Aufgaben und in der Belehrung ihrer Wesensart zu schmälen. Der Abg. Richter betonte mit vollem Zug, daß die Liberalen hindern wollen, daß das Misstrauen gegen einzelne Personen sich zum Misstrauen gegen die ganze Armee auswachsen. Die Aufmerksamkeit, mit der auch die Konservativen die Rede Richters mitanhörten, bewies zum mindesten, daß die Wucht der logischen Beweiskette dieser Darlegung empfunden wurde. Aber die „Imponderabilien des militärischen Gefühls“ sind und bleiben nun einmal mächtig. Es mag noch so Gutes, Unwiderlegliches auch der Armee das Ihrige Gebendes, gesagt werden, immer wird, wenn die Einsicht auch der Gegner zugestimmt haben sollte, hinterher das Dunkle und doch eigentlich treibende Gefühl lebendig werden, daß es so nicht geht, daß es so nicht ist, daß das Heerwesen auch einen Theil seiner Fehler behalten muß, wenn es seine Vorteile behalten soll.

— Abg. Graf Limburg-Stirum erklärte heute in der Volkschul-Kommission dem Abg. Richter gegenüber, die Konservativen seien von Schlußanträgen zur Beschleunigung der Verhandlungen nur ab, um nicht noch mehr Erbitterung hervorzurufen. Dass Erbitterung vorhanden ist, bestehen sie also an; sie würden die Neden des Abg. Richter geduldig ertragen. Mit diplomatischer Feinheit fügte der Herr Graf hinzu, Herr Richter wiele, wenn auch vielleicht unbewußt (wie rücksichtsvoll!) in der Kommission dieselbe Rolle, die die Irlander im englischen Parlament bepunktspielten!

— Nach der „Danz. Btg.“ wird auch von dem Lehrkörper der Universität Königsberg eine Kundgebung gegen das Volkschulgesetz vorbereitet.

Der deutsche Innungs- und Handwerkertag hielt am Dienstag in Berlin seine zweite Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand dem Bericht der „Frei. Blg.“ zufolge zuerst ein Referat des Buchbindermasters Nagler-München, der eine Resolution vorlegte, die das ganze Programm der Bünftler umfaßt, als da ist: Maßregeln gegen die Konsumvereine, Einschränkung der Gesamtknappheit, der Abzahlungsgeschäfte und des Haushandelns, Regelung des Submissionswesens im Sinne der Innungsmeister, Verhärzung der Bestrafung des Kontraktbruches u. s. w. Als Korreferent beantragte Obermeister Faßler-Berlin eine Resolution, welche die Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf das ganze Handwerk und auch auf selbständige Handwerker, die keine Arbeiter beschäftigen, verlangt. Auch zu diesen Verhandlungen waren wieder zahlreiche Abgeordnete der konservativen Partei und des Zentrums erschienen.

Nach einer langen Debatte, die erst durch einen Schluzantrag beendet wurde, nahm die Versammlung die Fäster'sche Resolution mit der Modifikation an, daß die Versicherungspflicht auf Berufe mit geringer Unfallgefahr nicht ausgedehnt werden solle. Auch die Resolution Nagler wurde angenommen. Die Versammlung genehmigte ferner eine Resolution, betreffend die Abänderungen des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter im Sinne der Förderung der Innungsgesellenfrankenkassen und Ermöglichung der Verbandsfrankenkassen für Meister, Gesellen und Lehrlinge, und schloß sich der Resolution des Bundes für Bodenbesitz in Sachen des Schutzes der Bauhandwerker an.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen begründete der Referent Dr. A. Schulz, Sekretär des Zentralausschusses der Innungen, dann noch eine lange Resolution zu Gunsten der obligatorischen Zwangsinningen.

Die Nachricht von Kullmann's Tod wird von einem in Amberg erscheinenden Blatte als falsch bezeichnet.

Aachen, 16. Febr. Die Polizei fand bei einem Anarchisten, bei dem sie eine Haussuchung abgehalten, zahlreiche gravierende Papiere und ein Paquet anarchistischer Schriften. Der Anarchist ist in Untersuchungshaft genommen worden.

Schleswig, 16. Febr. Die Regierung entsetzte den hochorthodoxen Pastor Hansen-Lindholm wegen Unbotmäßigkeit seines Amtes als Volksschulinspektor.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Denkschrift über die Simultanschule, welche der Kultusminister der Kommission für das Volkschulgesetz eingerichtet hat, lautet: „Die Entwicklung der Simultanschule in Preußen seit den zwanziger bis in die siebziger Jahre ist dargestellt in einer Denkschrift vom März 1878. Es ist daselbst hervorgehoben, wie sich dieselbe hauptsächlich als ein Nothbehelf in den östlichen Provinzen bei der Armut der Bevölkerung herausgebildet hatte. Bis zum Jahre 1872 bestanden in Preußen 60 Simultanschulen. Einem regeren Aufschwung nahm die Entwicklung seit den siebziger Jahren. Zwar ist dieselbe, wie der Minister falt in der Sitzung des Herrenhauses vom 17. Juni 1876 hervorholte, niemals von der Regierung prinzipiell gefordert. Man trat den Wünschen nach ihrer Herstellung aber nicht entgegen, wo unter gewissen Bedingungen die konfessionellen Interessen dadurch eine wesentliche Verbesserung in der Organisation des Schulwesens des betreffenden Ortes herbeigeführt werde. So kam es, daß die Zahl derartiger Schulen von 1872 bis 1879 von 60 auf 442 stieg — hauptsächlich in Westpreußen, Posen, Oppeln, im Reg.-Beg. Arnswalde und in der Rheinprovinz. Unter diesen befinden sich aber nach einer Berechnung in der Schulstatistik von 1886 wohl 243, bei denen lediglich zum Schutz der Minorität ein Lehrer der betreffenden Konfession angestellt wurde. Zur Rechtfertigung seines Vorgehens berief sich der Minister falt in der erwähnten Sitzung auf das bestehende Recht, welches nach Art. 112 der Verfassung in Geltung geblieben sei und ließ die Auslegung des Art. 24 dahingestellt. Seit dem Jahre 1879 trat eine gewisse thatsächliche Änderung ein. Zwar stellte sich der Minister v. Puttkamer bei Gelegenheit des Elbinger Schultreits 1879 auf den Boden der Verfügung vom 16. Juni 1876. Thatsächlich sind aber, soweit hier bekannt, neue Simultanschul-Systeme im eigentlichen Sinne nicht mehr begründet. In der Simultanschulfrage wurde vielmehr — wie der Minister v. Gohler in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Febr. 1883 ausführte — der Schuß der Minorität das leitende Motiv. Andererseits ist den Wünschen nach einer Rekonfessionalisierung, wenngleich allgemeine Änderungen in dieser Beziehung nicht getroffen sind, in einzelnen Fällen nachgegangen. So sind von 1879 bis 1888 im Ganzen 23 Schulen mit etwa 21 000 Schülern (davon 17 000 Schüler in der Rheinprovinz) rekonfessionalisiert.“

In der Kommission für das Volkschulgesetz hat die Generaldebatte über § 14 Absatz 1 der Vorlage die ganze Montagsitzung, die nicht weniger als sechs Stunden dauerte, ausgefüllt. Nach Schluß der Diskussion wurde der Antrag der Nationalliberalen, die der Verfassung entnommene Bestimmung zu streichen, mit 18 gegen 7 Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt und, wie schon telegraphisch gemeldet, der Absatz 1: „Bei der Errichtung von Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen“ mit derselben Stimmenzahl angenommen. Die Freikonservativen stimmten mit dem Zentrum und den Konservativen. — In der Diskussion spielte weiter ein Abänderungsantrag der Konservativen (Bartels und Genossen) zu § 14 eine besondere Rolle. Neben dem von den Liberalen als verfassungswidrig befürworteten Verbot der Simultanschulen (§ 14 Absatz 3) soll als Absatz 4 folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Sind in einer konfessionell eingerichteten Schule Kinder, welche einer anderen Konfession angehören, vorhanden, so kann ein Lehrer dieser Konfession angestellt und es darf denselben außer dem Religionsunterricht mit Zustimmung des Schulvorstandes die Erteilung anderer Lehrkunden übertragen werden.“ Die Freikonservativen beantragen in diesem Antrage die Worte: „mit Zustimmung des Schulvorstandes“ zu streichen. Der Antrag Bartels enthält, wie der Kultusminister im Laufe der Beratung konstatierte, nur eine

andere Fassung der Bestimmung im § 17 Absatz 5. Freiherr von Böditz (freikons.) sprach heute noch einmal sein Bedauern darüber aus, daß die Konservativen es den Freikonservativen unmöglich machen, die alte Verbindung aufrecht zu erhalten. Abg. Körck vertheidigte, die Konservativen hätten den Wunsch, sich mit den Mittelparteien zu verständigen. Sie seien bereit, Aussichten von dem Prinzip der konfessionellen Schule zu zulassen. Der Antrag Bartels bedeute durchaus keine Verschärfung. Er und seine Freunde würden in dieser Beziehung mit sich reden lassen. Abg. Richter erklärte sich mit dem Ausschluß der Freisinnigen von der „Verständigung“ mit den Konservativen ganz einverstanden; die Freisinnigen würden darin keinen Vorzug sehen. In Übrigen sei der von Körck ausgedrohte Wunsch bedeutungslos, da sachlich nichts nachgegeben werde. Abg. Dr. Friedberg (natl.) bedauerte, daß der Kultusminister sich gewissermaßen zufrieden mit dem Antrag Bartels geäußert habe. Damit sei eine Verschärfung der Gegenläufigkeit gegeben, nicht eine Milderung. Nichtsdestoweniger plante schließlich Fr. v. Huenne mit der Erklärung heraus, eine Verständigung zwischen dem Zentrum und den Gegnern der Vorlage sei unmöglich (das ist wenigstens ehrlich); er hoffe, auch die Konservativen würden das einsehen und nicht erst nutzlose Versuche machen. — Hauptgegenstand der Diskussion war die Frage, ob das in § 14 Abs. 3 enthaltene Verbot der Simultanschulen verfassungswidrig sei oder nicht. Der Kultusminister und die Konservativen bestritten die von den Gegnern behauptete Verfassungswidrigkeit, machten aber doch den Versuch, die Bedenken der Gegner etwas abzuschwächen; der Kultusminister erklärte, bezüglich der Fassung des § 14 Abs. 3 (Verbot der Simultanschulen) mit sich reden lassen. Die Simultanschulen, wo sie bestehen und den Wünschen der Bevölkerung entsprechen, sollen bestehen bleiben, also nicht alle Simultanschulen auf den Aussierbezirk gelegt werden. Aber eine Simultanschule in dem Sinne, daß eine Schule ihrer Verfassung nach eine solche sein müsse, sei mit dem Gesetze unvereinbar. Die Zulassung eines Lehrers der anderen Konfessionen an eine konfessionelle Schule (Antrag Bartels) entspreche dem § 17 der Vorlage. Der Minister versetzte sich dabei zu der Behauptung, eine 8 klassige Schule werde in der Regel nicht mehr leisten als eine dreiklassige. Abg. Richter erinnerte daran, daß der Mühlersche Entwurf die Simultanschulen erwähnt habe, während Graf Böditz sogar das Wort verneinte. Der Gegensatz zwischen dem Verbot und der Verfassung bleibe bestehen. Er werde die Konsequenz daraus ziehen und falls das Gesetz zu Stande komme, den Antrag auf Abänderung der Verfassung stellen. Dem Abg. Böditz gegenüber, der sich nach Anleitung der „Kreuzztg.“ für die konfessionellen Schulen auf Oldenburg berufen hatte, stellte Richter fest, daß in Oldenburg die Katholiken nur 1 der Bevölkerung ausmachten und räumlich zwischen ihnen und den protestantischen Einwohnern liegen. Er habe unerwarteter Weise im Reichstage einen Bundesgenossen im Reichskanzler gefunden, der ja gestern erklärte, in den Kabinetten läme es auf die Konfession nicht an. Mehrfach erörtert und von dem Abg. Böditz und dem Kultusminister bejaht wurde die Frage, ob nach Annahme des Gesetzes für lutherische und reformierte Kinder besondere Konfessionschulen errichtet werden müßten. (Fortsetzung morgen.)

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 16. Febr. [Prozeß Ahlwardt.] Um 9½ Uhr Vormittags eröffnete der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Bräuerweiter, die Verhandlung gegen den Rektor Hermann Ahlwardt wegen Beleidigung. Der Antrag zum Bubherreraum war ein ganz außerordentlicher, nur ein verschwindend kleiner Theil des Publikums konnte Einlaß finden. Die Gerichtsdienner vermochten dem Andrängen der Zurückgewiesenen kaum zu widerstehen. Das Kollegium bildet außer dem Vorsitzenden die Landgerichts-Räthe Grandke, Graf v. Strachwitz, v. Kirchbach und Stubenrauch. Die Anklage vertritt Staatsanwalt v. Rheinbaben, die Beleidigung führt Rechtsanwalt Schwind. Im Termine trat der praktische Arzt Dr. Freudenberg, dem in der infektiologischen Broschüre Beleidigung zum Vorwurf gemacht wurde, als Nebenkläger auf. Ingleichen war der Berliner Magistrat für sich und die ihm unterstellten Organe als Nebenkläger zugelassen. Derselbe ist im Termine durch den Justizrat Dr. Horwitz, Dr. Freudenberg, durch den Rechtsanwalt Arthur Stadthagen vertreten. Der Aufruf der Zeugen — es sind seitens der Anklagebehörde 31, seitens der Beleidigung 6 geladen, darunter der als Vertreter des Magistrats anwesende Justizrat, Dr. Horwitz, erfolgte, und darauf wurde nach Feststellung der Verfolgten des Angeklagten der Öffnungsbeschluß verlesen. In demselben wird der Angeklagte als hinreichend verdächtig erachtet, in der von ihm verbreiteten Broschüre „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker gegen das Judentum“ den Berliner Magistrat, vier Berliner Lehrer und den praktischen Arzt Dr. Freudenberg durch üble Nachrede (nicht erweisliche verächtlich machende Thatsachen) beleidigt zu haben. Auf Befragungen, ob sich der Angeklagte der Beleidigung schuldig befenne, entgegnete derselbe, die Absicht, jemand zu beleidigen, habe ihm fern gelegen, er habe nur bestehende schwere Schäden im allgemeinen Interesse aufdecken wollen. Schimpfworte seien von ihm nur an einer einzigen Stelle gebraucht, was er bedauerte. Die in der Broschüre mitgeteilten Thatsachen habe er für völlig wahr halten müssen. — Der Angeklagte erklärt, daß Justizrat Dr. Horwitz nicht als Vertreter des Nebenklägers fungieren könne, da er dessen Zeugnis nothwendig brauche. Derselbe soll die Existenz eines geheimen Beschlusses der städtischen Schuldeputation, wonach antisemitische Rektoren bestätigt werden sollen, befreuen — Justizrat Dr. Horwitz entgegnet, daß er nach der Reichsgerichtsjustizkultur auch als Zeuge Nebenkläger sein könne; er bleibe anwesend und werde sein Zeugnis abgeben. Als erster Anklagepunkt wird die den Dr. Freudenberg betr. Beleidigung verhandelt und der betr. Passus der Broschüre verlesen. — Dr. Freudenberg stellt, als Zeuge vernommen, jeden Verlust, den Heilgehulden Rechtlich als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Krankenvereins zu bestechen, entschieden in Abrede. — Sanitätsrat Dr. Becker befundet, daß ihm seiner

Zelt Herrlich mitgetheilt, ein Arzt habe ihm für seine Wahl zum Kassenarzt Geld geboten. Auf das Verlangen Namen zu nennen, sei Dr. Freudenberg genannt. Es habe sich indeß herausgestellt (und Herrlich habe seine Bezeichnung zurückgezogen), daß es sich um einen anderen Arzt gehandelt habe. — Heilgehilfe Herrlich will sich heute nicht erinnern, daß er dem Sanitätsrath Dr. Becker den Dr. Freudenberg genannt hätte. — Beide Zeugen befunden, daß der gemelte andere Arzt ein Dr. L. gewesen sei. Herrlich befundete weiter, daß ihn nicht dieser Arzt, sondern ein Kollege aufgefordert habe, für Dr. L. einzutreten, auf eine Remuneration komme es nicht an. Dieses Anerbieten habe er mit Entrüstung zurückgewiesen. — Den Wunsch des Dr. Freudenberg, ihm seine Quelle zu nennen, verweigerte der Angeklagte; er behauptet, nur den Dr. Freudenberg gemeint zu haben, von dem damals in dem geschäftsführenden Ausschuß die Rede war. — Dr. Schwochtein bestätigte die Bekundung des Sanitätsraths Dr. Becker, daß in einer größeren Versammlung der Barbier Herrlich den Dr. Freudenberg als einen Arzt genannt hat, welcher Bestechungsversuche gemacht hat, um als Kassenarzt angestellt zu werden. Als es sich später um ein ehrengerichtliches Eintreten gegen Dr. Freudenberg handelte, habe sich herausgestellt, daß der demselben gemachte Vorwurf gänzlich unbegründet sei. Damit ist die Verhandlung dieses Anklagepunktes erledigt und es wird zum Fall des Lehrers Holzmannein geschritten. Der Angeklagte wünscht, daß der Zeuge den Strafantrag zurücknehme, da er die ihm zugesetzten Beleidigungen bedauere. Der Zeuge erklärt, dies nur unter gewissen Bedingungen thun zu können. Über das Recht des Magistrats, wegen Beleidigung den Lehrer den Strafantrag zu stellen, entspiret sich zwischen dem Vertheidiger und dem Justizrat Dr. Horwitz eine Kontroverse. Auf Antrag des Letzteren wird der Geh. Regierungsrath Stadtrath Schreiner vernommen, der bekundete, daß die Schuldeputation zwar keine selbständige Behörde sei, daß aber weder diese, noch der Magistrat eine Disziplinarbehörde über die städtischen Lehrer habe. Diese siehe vielmehr nur der Provinzial-Schulbehörde zu. Justizrat Dr. Horwitz erklärt nach dieser Aussage, daß er kein Recht, den Magistrat auch für die Lehrer zu vertreten, nicht aufrecht halte. — In der Abhandlung Brochüre ist dem Lehrer Holzmann zum Vorwurf gemacht, daß er in der Strafsache gegen den Lehrer Zander abweichende Aussagen gemacht habe, und zwar die in der Hauptverhandlung zu Gunsten derjenigen Strömung, welche den Antisemitismus bekämpft. — Der Zeuge Holzmannein erklärt, daß er das Bestreben hatte, seinen Kollegen Zander möglichst zu retten. Deshalb habe er bei der polizeilichen Vernehmung eine Thatsache ins Nichts gestellt, die er bei seiner eidlichen dann befunden mußte. Der Zeuge stellt entschieden in Abrede, daß von Seiten seiner Vorgesetzten in dieser Angelegenheit irgend eine Beleidigung ausgeübt worden ist. Ihm sei nicht bekannt, daß jemals ein Druck geschehen sei, gegen antisemitisch gesinnte Lehrer vorzugehen. — Der Angeklagte erklärt, daß Zander nur wegen seiner antisemitischen Gesinnung von den Lehrern verfolgt worden sei. Seine Verurtheilung wegen Urkundensäufung sei eine ungerechte gewesen, was auch Seine Majestät durch die Begnadigung derselben anerkannt habe. Trotzdem sei er nachher im Disziplinarverfahren entlassen. — Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß als Disziplinarbehörde das Provinzial-Schulkollegium fungiert habe. Justizrat Horwitz fügt hinzu, daß Zander beim Staats-Ministerium Berufung eingelegt hat, daß dieselbe aber zurückgewiesen worden ist. — Der Angeklagte beantragt und besteht darauf, daß der Lehrer Zander in dieser Sache vernommen werde. Dieser ist nämlich infolge Krankheit nicht erschienen. Auf nochmaliges Be fragen erklärt jetzt der Zeuge Holzmannein, daß er, nachdem der Angeklagte ihm eine Ehrenklärung gegeben, den Strafantrag zurückziehe. Justizrat Dr. Horwitz versagt es sich, seinerseits Stellung hierzu zu nehmen.

Lokales.

Posen, den 17. Februar.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzelyce vom 17. Febr. 2,43 Meter, aus Schrimm vom 17. Febr.: 3,18 Meter.

* Zum Oberstaatsanwalt beim Kammergericht in Berlin ist der „Kreuzig“ zufolge an Stelle des Herrn v. Luck, Herr Oberstaatsanwalt Wachler hier selbst ernannt.

Dr. Besitzwechsel. Das Schleißstraße 3 gelegene, der Witwe Jastrzebska gehörende Grundstück ist jetzt für den Preis von 50 000 M. durch Kauf in den Besitz des Fleischermeisters Karasiewicz übergegangen.

Dr. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am Mittwoch drei Personen wegen Betteln und eine Person wegen Landstreitens, ferner am Mittwoch Vormittag ein Arbeiter in der Büttelstraße wegen Kartoffeldiebstals und Abends eine Frau, welche auf dem Bahnhofe beim Kohlendiebstahl betroffen wurde. — Auf polizeiliche Veranlassung ist gestern Nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr ein Arbeiter aus Mieschlow, welcher franz und hüflos vor dem Landgerichtsgebäude in der Wilhelmstraße lag, mittels Transportwagens nach dem städtischen Krankenhaus geschafft worden.

Angelokommene Fremde.

Posen, 17. Februar.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Landeskonomie-Rath Kennemann a. Klenka, die Majore v. Tiedemann a. Seeheim u. Endell a. Kletz, Baron v. Langemann Erlenamp a. Lubin, Oppitz v. Boberfeld a. Woynowitz, Wendt a. Bdzicewo, Nahm a. Woynowitz, Förla a. Boguchin, Böse a. Bdzicewo, Fabrant Schröter a. Reppen, die Kaufleute Spitz, Schusten, Steinitz, Goldstein u. Rapovort a. Breslau, Leipziger a. Reisse, Epstein a. Frankfurt a. M., Friedländer a. Cottbus, Neufeld a. Charlottenburg, Goldberg u. Sohn a. Guben, Kahl aus Glogau, Medow, Lützenfeld, Cohn, Siegel, Rosendorf, Blum, Klamt, Rosenthal u. Kaumann a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Seltner u. Frau Wittich, Lehr, Schepke, Hassel, Durau u. Lewinski a. Berlin, Roth a. Mühlwald, Longerich a. Solingen, Büchler a. Pforzheim, Müller a. Lüttich, Kraft a. Bünde, Stoll a. Chemnitz, Arnheim a. Odenthal, Saft a. Breslau, Treff aus Wolkenburg i. S., Weinberg a. Herford, Reinelt a. Leipzig, Korath a. Königsberg i. Pr., Kauffmann a. Magdeburg, Dresberg aus Hückeswagen, Wallach a. Aachen, Brauereibes. Habed a. Grätz, die Rittergutsbes. Major Materne a. Chvalom, Treppmacher aus Wulka, Raichdorf a. Golejewo, Grudzielki a. Soleczno, Thiersch a. Rosnacki a. Wreschen, Mühlenbes. Dahlmann u. Frau aus Dobornit.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus (R. Heyne). Die Kaufleute Bisk, Becker u. Silberberg a. Berlin, Schatten, Thomas u. Sommer a. Dresden, Soten a. Zabrze, Kochanowski a. Schrimm, Gutsbesitzer Hensenow a. Bronne, Postmeister Schwitka a. Landsberg a. W., Lederfabrikant Wilde a. Reumarkt in Schlesien, Ingenieur Korm a. Bremen.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Wolff u. Corcinius a. Berlin, Mannheim a. Bielenzig, Schüßler a. Cottbus, Bilopp a. Dresden, Knoblauch a. Frankfurt a. M., Auerswald u. Butter a. Breslau, Schröder u. Frau a. Kopenhagen, Reusche

a. Rathenow, die Fabrikanten Böhle a. Lippehne, Finger aus Pfaffendorf, Maurer- u. Zimmermstr. Rosdam u. Frau a. Byritz i. B., Landwirth v. Banyaski a. Bolen.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Bial jun., Mugdal u. Smorzewer a. Breslau, Kunzel a. Leobschütz, Kraebach aus Bromberg u. Leipziger a. Berlin, Gerber Roeseler a. Reppen.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Schneider a. Breslau, Hirschberg a. Gnesen, Schirmer a. Berlin, v. Fising a. Hamburg u. Reindl a. Erfurt, die Gutsbesitzer Cichowicz a. Radlowo u. v. Ossowksi a. Studziniec, Bildhauer Bolowksi a. Gnesen.

Vom Wochenmarkt.

s. Posen, 17. Februar.

Bernhardinerplatz: Der Btr. Roggen 10—10,50 M., Weizen 10—10,50, Gerste 7—7,75 M., Hafer 7—7,75 M., prima bis 8 M., Gemenge (Biden und Hafer) 6—6,25 M., blaue Lupine 3,50—3,60 M., gelbe Lupine 4,50—5 M., der Btr. weiße Bohnen 11,25—11,75 M., Seradella bis 5,50 M., Heu 14 Wagenladungen, der Btr. 1,80—2 M., Stroh einige kleine Ladungen, das Bünd 45—50 Pf. (je nach der Größe.) — Alter Markt: Kartoffeln, des Trosts wegen knapp zugeschürt, der Btr. 3,25—3,50 M., der Btr. Bruden 1,15—1,25 M., Geflügel, Geschäft recht lebhaft, 1 Butthahn 7—10,50 M., 1 Putthenne 5—5,50 M., 1 Gans 3,50 bis 10,50 M., geschlachtete und gereinigte Fettgänse (bis 13 Pf. Schwere) bis 75 Pf. pro Pf., 1 Paar Enten 4—4,75 M., 1 Paar leichte 3,75 M., 1 Paar Hühner 3—3,50 M., die Mandel Gier 60—65 Pf., 1 Pf. Butter 1,10—1,20 M., 1 Pf. Kochbutter (Naturbutter) 1 M., Küchen-Wurzelzeug nicht im Überschuss, Preise fest, 3 bis 4 rothe Rüben 5 Pf., 1 große Wurzel Meerrettich 10 bis 15 Pf., 1 Kopf blaues Kraut 8—20 Pf., 1 Kopf weißes Kraut 8—12 Pf., 1 Selleriewurzel 5—10 Pf., 1 Bünd Petersilie 5 bis 10 Pf., 1 Pf. Zwiebeln 8—10 Pf., die Meze Kartoffeln 15 Pf., 1 Pf. Apfelsel 10—12 Pf. — Viehmarkt: Der Auftrieb in Fettfleischwaren, einschließlich der in den Privatställen vorhandenen, belief sich auf 145—150 Stück, leichte, mittel, auch prima kernfette. Die Durchschnittspreise bewegten sich von 36—42 M., ausgesuchte kernfette bis 48 M., Hammel 30 Stück, das Pf. lebend 22 bis 26 Pf., Kalber 25 Stück, das Pf. lebend 25—30 Pf., Kinder 6 Stück, der Btr. lebend Gewicht von 26—28 M. — Wurstverkauf: Fisch: Fische reichlich im Angebot, die großen Hechte (meist todt), das Pf. lebend Hechte 55—65 Pf., 1 Pf. Kartoffeln 60—65 Pf., 1 Pf. Kartoffeln 35—45 Pf., Bleie 35—45—50 Pf., Zander (trotte), das Pf. 45—55 Pf., das Pf. kleine Fische verschiedener Sorten 25—30 Pf., die Mandel grüne Heringe 20—25 Pf., Geschäft rege. Fleisch: Fisch im Überschuss, 1 Pf. Schweinefleisch 50—65 Pf., Kindfleisch 50—70 Pf., Kalbfleisch 50—65—70 Pf., Hammelfleisch 45 bis 60 Pf., 1 Pf. Schmalz 65—70 Pf., 1 Pf. geräucherten Speck 75—80 Pf., rohen Speck 65 Pf. — Saupiehlaplatz: 1 Gans 3,50 bis 10,50 M., geschlachtete Fettgänse in vorzüglicher Qualität, das Pf. 75—80 Pf., geringere Qualität 50—60 Pf. pro Pf., 1 Paar Enten 3,75—5 M., 1 Paar Hühner 3—4,5 M., 1 Putthahn 7,50—10 bis 11 M., die Mandel Gier 70—75 Pf., 1 Pf. Butter 1,10—1,25 M., Naturbutter (Kochbutter) 1 M., frischer fetter Landkäse selten, die Stücke klein, Preise wie bisher, 1 Pf. Apfelsel 10—12 Pf., die Meze Kartoffeln (3½, Pf.) 15 Pf.

Telegraphische Nachrichten.

Athen, 17. Febr. Seit Sonntag fand keine weitere Kundgebung gegen die Evangelischen im Piräus statt. Das Gericht schritt strengstens ein. Zahlreiche Theilnehmer wurden verhaftet.

Berlin, 17. Febr. [Telegraphischer Spezialbericht der „Pos. 3tg.“] Die heutige Reichstagssitzung begann mit der Abstimmung über den Antrag Bar auf reichsgesetzliche Regelung des Auslieferungswesens, wobei aber bei nur 195 anwesenden Abgeordneten die Beschlusunsfähigkeit des Hauses konstatiert wurde, sodaß die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt werden mußte.

Wien, 17. Febr. Im Abgeordnetenhaus brachte die Regierung eine Notstandsvorlage ein. Darin werden 360 000 Gulden für die durch den Notstand betroffenen Gegenden einzelner Landesteile verlangt. In einer weiteren Vorlage beansprucht die Regierung 500 000 Gulden behufs Ertheilung einmaliger Aushilfen an Staats-Eisenbahnbedienstete außer den Beamten der acht höheren Rang-, beziehungsweise Dienstklassen.

Amtlicher Marktbericht

| Gegenstand. | gute W. M. Pf. | mittel W. M. Pf. | gering W. M. Pf. | Wittie. M. Pf. |
|--------------------|-------------------|---------------------|---------------------|-------------------|
| Weizen hochwertig | — | — | — | — |
| Weizen niedrigster | pro | — | — | — |
| Roggen höchster | 21 | 20 | 20 | 20 40 |
| Roggen niedrigster | 100 | 21 | 20 | 20 20 |
| Gerste höchster | 15 | 60 | 14 | 40 |
| Gerste niedrigster | 15 | 20 | 14 | 40 |
| Hafer höchster | gramm | — | 16 | 40 |
| Hafer niedrigster | gramm | — | 16 | 40 |

| höchst. | niedr. | Mittie. | höchst. | niedr. | Mittie. |
|--------------------|--------|---------|------------------|--------------|---------|
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| Bauchf. 1 30 | 1 20 | 1 25 | Schweinef. 1 30 | 1 20 | 1 25 |
| Nichtf. 4 — | 3 75 | 3 88 | fleisch 1 30 | 1 20 | 1 25 |
| Krumm. 0 — | — | — | Kalbfleisch 1 30 | 1 20 | 1 25 |
| Heu 10 | 4 — | 3 75 | 3 88 | Hammsf. 1 20 | 1 20 |
| Erbse 0 — | — | — | Sped. 1 60 | 1 50 | 1 55 |
| Bohnen 0 — | — | — | Butter. 2 40 | 2 — | 2 20 |
| Kartoffeln 7,50 | 6 — | 6 75 | Kinder. 1 20 | 1 20 | 1 25 |
| Mindfl. v. d. 1,40 | 1 30 | 1 35 | Mieren. 1 — | — | — |

| Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung. | | | | | |
|--|--------------|--------------|--------------------|------|------|
| feine W. | mittl. W. | ord. W. | Pro 100 Kilogramm. | | |
| 21 M. 70 Pf. | 20 M. 60 Pf. | 19 M. 80 Pf. | = | = | = |
| 21 = | 20 = | 70 = | 19 = | 80 = | = |
| 16 = | 50 = | 15 = | 20 = | 14 = | 50 = |
| 16 = | — | 15 = | — | 14 = | 50 = |
| Erbi. (Futterw.) 16 = | — | 15 = | 50 = | — | — |
| Kartoffeln 6 = | — | 5 = | 50 = | — | — |
| Widen 12 = | 50 = | 12 = | — | — | — |
| Lupinen (gelbe) 8 = | — | 7 = | 60 = | — | — |
| Lupinen (blaue) 7 = | 50 = | 7 = | — | 6 = | 70 = |

Die Marktkommission.

Börse zu Posen.

Posen, 17. Februar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus gefündigt — Regulierungspreis (50er) 62,70, (70er) 43,30. (Volo ohne Fak) (50er) 62,70, (70er) 43,30.
Posen, 17. Februar. [Private Bericht.] Wetter: Frost.
Spiritus flau. Volo ohne Fak (50er) 62,70, (70er) 43,30.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 17. Februar. (Telegr. Agentur B. Helmann, Bolen.) Not. v. 1.

Weizen niedriger do April-Mai 203 75 206 25 70er solo ohne Fak 45 40 46 —

do Mai-Juni 2,5 25 207 75 70er April-Mai 45 90 46 —

Roggen flau do April-Mai